
Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Auch diese RUNDBRIEF-Ausgabe beinhaltet wieder einen Beitrag zu Bougainville. Ende Januar haben die Regierung Papua-Neuguineas und Vertreter der *Bougainville Revolutionary Army* (BRA) eine Friedenserklärung unterzeichnet. Am 30. April soll das sogenannte "Lincoln-Abkommen über Frieden, Sicherheit und Entwicklung von Bougainville" einen bereits im Oktober 1997 vereinbarten Waffenstillstand ablösen. Nach neuneinhalb Jahren Bürgerkrieg und zahlreichen gescheiterten Friedensbemühungen bestehen jetzt gute Chancen, daß sich das Leben auf der abtrünnigen Insel allmählich wieder normalisieren wird. Über die positiven Entwicklungen im Friedensprozeß auf Bougainville berichtet Volker Böge.

Im Mittelpunkt des zweiten Beitrags steht das Thema Frauenarbeit in Papua-Neuguinea. Sabine Schmidt war 1993 mit dem *Deutschen Entwicklungsdienst* (DED) als Entwicklungshelferin nach Menyamya in Papua-Neuguinea ausgereist, um dort einzelne Frauenprogramme zu organisieren und durchzuführen. Noch vor Beendigung ihrer Tätigkeit zieht Sabine Schmidt Bilanz und geht dabei insbesondere auf die Frage ein, ob und wie die Lebenssituation der Frauen vor Ort verbessert werden konnte.

Der dritte und letzte Bericht dieser Ausgabe legt die Ergebnisse eines mehrmonatigen Forschungspraktikums auf Fidschi vor. Während seines viermonatigen Praktikums hat der Geographiestudent Jürgen König in einer ländlichen Siedlung das Migrationsverhalten der dort lebenden indonesischen Bevölkerung untersucht. Die hier nur in einer gekürzten Fassung abgedruckten Ergebnisse werden demnächst in ausführlicher Form als Dossier erscheinen.

Den Abschluß dieses RUNDBRIEFES bilden eine Buchbesprechung sowie

verschiedene Terminhinweise und Literaturvorschläge.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen/Euch

Berichte

Endlich Frieden auf Bougainville?

Nachdem bereits im letzten Oktober eine Waffenruhe für die seit neun Jahren vom Krieg heimgesuchte Südpazifikinsel Bougainville vereinbart worden war, haben sich die Kriegsparteien nunmehr auf einen formellen Waffenstillstand und andere die Lage stabilisierende Schritte geeinigt. Die Chancen für eine friedliche Lösung des Konflikts sind damit weiter gestiegen. Allerdings wurden zentrale politische Fragen aus dem bisherigen Friedensprozeß ausgeklammert, und es ist nach wie vor schwer vorstellbar, wie die antagonistischen Positionen der Kontrahenten in diesen Fragen einer allseits akzeptablen Einigung zugeführt werden könnten.

Verhandlungen auf Neuseeland

Vom 18. bis zum 23. Januar 1998 trafen sich in der Lincoln-Universität der neuseeländischen Stadt Christchurch mehr als 200 Delegierte zu Verhandlungen über eine Konsolidierung des Friedensprozesses auf Bougainville. Unter ihnen waren der Premierminister Papua-Neuguineas (PNG), Bill Skate, der Führer der parlamentarischen Opposition in PNG, Bernard Narokobi, sowie die vier Abgeordneten für Bougainville aus dem Nationalparlament PNGs. Die Delegation des *Bougainville Transitional Government* (BTG), welches mit der papuanischen Zentralregierung kooperiert, wurde vom Premier des BTG, Gerard Sinato, geleitet. An der Spitze der Delegation der Aufständischen standen Joseph Kabui, Vize des *Bougainville Interim Government* (BIG), Sam Kauona, Oberbefehlshaber der *Bougainville Revolutionary Army* (BRA), sowie Martin Miriori, internationaler Vertreter von BIG/ BRA.

Die Einbeziehung von führenden Oppositionspolitikern in die Regierungsdelegation zeigt, daß sich die papuanische Zentralregierung darum bemüht, einen politisch von einem möglichst breiten Spektrum in PNG getragenen Friedensprozeß hinzubekommen. Auf der anderen Seite war der unbestrittene Führer der Aufständischen, Francis Ona, nicht bei den Verhandlungen in der Lincoln-Universität dabei. Ona hat sich bisher wiederholt skeptisch zum im letzten Sommer eingeleiteten Friedensprozeß geäußert, diesem aber seine generelle Unterstützung gegeben. An den jüngsten Verhandlungen nahmen denn auch einige enge persönliche Vertraute Onas teil, und es wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß sich Ona an künftigen Verhandlungsrunden auch selbst beteiligen wird, wenn sie auf Bougainville stattfinden.

Neben den politischen und militärischen Spitzen der Kriegsparteien waren

auch zahlreiche VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowie lokale Kommandeure der BRA und der mit den papuanischen Regierungstruppen verbündeten *Resistance Forces* in der Lincoln-Universität dabei. Insbesondere nahmen auch zahlreiche Vertreterinnen von Frauenorganisationen an den Verhandlungen teil; die Frauen hatten schon vorher eine wichtige Rolle für die Einleitung und die Verstetigung von Verständigungsprozessen an der Basis auf Bougainville gespielt.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte einen Sonderbotschafter als Beobachter nach Christchurch entsandt, und auch Australien, Neuseeland, Vanuatu, Fiji und die Salomonen waren durch Beobachter vertreten. Eröffnet wurden die Gespräche mit einer Rede der neuseeländischen Premierministerin Jenny Shipley, was ein Zeichen dafür ist, wie stark sich Neuseeland mittlerweile verpflichtet sieht, dem Friedensprozeß für Bougainville zu einem Erfolg zu verhelfen. Es sei daran erinnert, daß der gegenwärtige Prozeß maßgeblich auf neuseeländische Vermittlung hin zustande gekommen ist und daß Neuseeland durch die Bereitstellung des Tagungsortes und die Infrastruktur für die vorausgegangenen Gespräche im Juli und Oktober 1997 (Burnham I und II) sowie die führende Beteiligung an der seit November auf Bougainville aktiven internationalen *Truce Monitoring Group* (TMG), die die Einhaltung der Waffenruhe überwacht, einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Entwicklung geleistet hat. Neuseeland genießt bei allen Kriegsparteien sehr viel mehr Vertrauen als die regionale Vormacht Australien, die sich bisher immer einmal wieder als "Vermittler" in den Vordergrund geschoben hatte, aber während der neun Kriegsjahre massiv die Streitkräfte der Zentralregierung unterstützte, so daß sie auf der Seite der BIG/ BRA verständlicherweise auf großes Mißtrauen stieß.

Die Leitung des Treffens in der Lincoln-Universität hatte der Premierminister der Salomonen, Bartholomew Ulufa'alu. Der Nachbarstaat Salomonen war wiederholt in die Kriegshandlungen einbezogen worden; zeitweise waren daher in den letzten Jahren die Beziehungen zwischen den Salomonen und PNG sehr gespannt gewesen. Die Salomonen haben ein großes Interesse an einer friedlichen Lösung für Bougainville; die vorausgegangenen Verhandlungen (Burnham I und II) waren ebenfalls bereits von einem hochrangigen salomonischen Politiker geleitet worden. Die salomonische Seite hatte sich bei den Kriegsparteien so Vertrauen erworben.

Die fünftägigen Verhandlungen wurden von den Beteiligten als "hart" und "schwierig" gekennzeichnet. Zwar war man allseits mit dem Willen nach Christchurch gegangen, den im letzten Jahr eingeleiteten Prozeß der Kriegsbeendigung fortzuführen und zu konsolidieren, doch über das schon vor Beginn der Verhandlungen allgemein als anstrebenswert bezeichnete Ziel hinaus, die faktische Waffenruhe durch Abschluß eines formellen Waf-

fenstillstands aufzuwerten und zu festigen, war der Ausgang der Verhandlungen relativ offen. Als "dickster Brocken" für die Gespräche erwies sich die Frage des Abzugs der Streitkräfte der papuanischen Zentralregierung, der *Papua New Guinea Defence Forces* (PNGDF), von der Insel. BIG/ BRA forderten deren sofortigen bedingungslosen Rückzug und ihre Ersetzung durch eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen. Die Zentralregierung lehnte das ab. Ein Kompromiß wurde erst gefunden, nachdem sich die militärischen Führer von BIG und *Resistance* auf ein künftiges gemeinsames Vorgehen geeinigt hatten. Das machte den Weg frei für die Unterzeichnung des sogenannten "*Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville*" am 23. Januar.

Das Übereinkommen von Lincoln

In diesem Abkommen einigte man sich auf einen permanenten Waffenstillstand, der am 30. April 1998 um Mitternacht in Kraft treten soll. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die bereits bestehende Waffenruhe fortgelten. Die internationale TMG, zu der (inklusive Unterstützungspersonal) ca. 300 Personen aus Neuseeland, Australien, Fiji und Vanuatu gehören, soll bis dahin auf Bougainville bleiben und weiterhin die Einhaltung der Waffenruhe kontrollieren. Das hat die TMG in den letzten Wochen bereits mit großem Erfolg getan, und unter den Verhandlungspartnern in Christchurch bestand Einvernehmen darüber, das Mandat der TMG, das eigentlich Ende Januar abgelaufen wäre, bis zum Inkrafttreten des formellen Waffenstillstands am 30. April zu verlängern. Dann soll die TMG von einer neuen internationalen Beobachtergruppe mit neuem Mandat abgelöst werden. Auch diese neue Gruppe soll wieder unter neuseeländischer Leitung stehen.

In der strittigen Frage der PNGDF einigte man sich schließlich darauf, daß diese nicht sofort und auf einmal abgezogen werden, sondern daß ihr Abzug etappenweise und parallel zum Aufbau einer bougainvilleanischen Polizei unter ziviler Kontrolle erfolgen soll. Gleichzeitig sollen die BRA und die *Resistance Forces* ihre Waffen in Zusammenarbeit mit der neu zu entsendenden internationalen Beobachtergruppe niederlegen. Die Kämpfer von BRA und *Resistance* sollen demobilisiert werden; sie sollen zum Teil in die neu zu schaffende Polizei eingegliedert werden, zum Teil sollen für sie spezielle Programme zur Eingliederung ins Zivilleben aufgelegt werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen soll von der papuanischen Zentralregierung aufgefordert werden, Beobachter nach Bougainville zu entsenden.

Diese Regelungen sind sicher begrüßenswert, weil sie den Abzug der PNGDF und die Demilitarisierung der Insel in Aussicht stellen. Gleichwohl lassen sie auch noch viel Raum für künftige Konflikte und die Gefahr von Rückschlägen. So kann man sicher trefflich darüber streiten, wie der etappenweise Rückzug der PNGDF konkret gestaltet werden soll und wann

und in welcher Form die Entwaffnung von BRA und *Resistance* erfolgen soll. Auch ist die internationale Kontrolle dieser Prozesse durch die UN noch lange nicht gewährleistet.

Ferner einigte man sich in Christchurch darauf, daß es noch vor Ablauf des Jahres 1998 auf Bougainville freie demokratische Wahlen zu einer "Regierung der Versöhnung" geben solle. Diese neue Regierung soll dann an die Stelle von BIG einerseits und BTG andererseits treten. Noch in der ersten Jahreshälfte soll es darüber hinaus neue Verhandlungen - diesmal auf Bougainville selbst - geben, in denen es dann auch um den künftigen politischen Status der Insel gehen soll. Diese prekäre Frage wurde bei den jetzigen Verhandlungen ebenso ausgeklammert wie die Frage der Zukunft der Panguna-Kupfermine, deren Betrieb durch den australisch-britischen Bergbaumulti RTZ/ CRA der Auslöser des Krieges gewesen war. Äußerungen hoher Vertreter aller Seiten in den Tagen unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen machten schon deutlich, daß dies die entscheidenden Hindernisse für eine dauerhafte friedliche Lösung des Konflikts sein werden.

Stolpersteine

Während die papuanische Zentralregierung weiterhin auf der territorialen Integrität des Staates PNG besteht und folglich auf dem Verbleib Bougainvilles im papuanischen Staatsverband, fordern die Aufständischen nach wie vor die uneingeschränkte politische Unabhängigkeit für Bougainville bzw. die Abhaltung eines Referendums über diese Frage. Mittlere Positionen, wie sie vor allem im BTG vertreten werden, zielen auf eine weitestgehende Autonomie für die Insel im Rahmen PNGs. Noch ist schwer vorstellbar, wie eine von allen Seiten akzeptierte Einigung in dieser Schlüsselfrage aussehen könnte. Desgleichen strebt augenscheinlich die Zentralregierung die Wiederinbetriebnahme der Panguna-Mine an, während BIG/ BRA dies ablehnen bzw. - ebenso wie BTG-Vertreter - erklären, die Entscheidung über diesen Punkt müsse den unmittelbar vom Minenbetrieb Betroffenen überlassen bleiben. RTZ/ CRA haben den Anspruch auf Wiedereröffnung "ihrer" Mine schon artikuliert; die australische Regierung hält sich in dieser Frage noch bedeckt. Der australische Außenminister Downer äußerte nach den Verhandlungen, es sei gut und weise, daß an die Frage der Mine (noch) nicht gerührt worden sei und daß daran in naher Zukunft nicht gerührt werden sollte, handelte es sich doch um das schwierigste und emotional am stärksten aufgeladene Problem des ganzen Bougainville-Konflikts. Papuanische Politiker, die nach den Verhandlungen klare Bekenntnisse von der Regierung zur Wiederinbetriebnahme der Mine forderten, wurden von Mitgliedern der papuanischen Regierungsdelegation zurückgepfiffen. Es sei nicht opportun, diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufzuwerfen. Gleichwohl bleibt zu befürchten, daß Zentralregierung und Bergbaumulti perspektivisch wieder

Zugriff auf die reichen Kupfervorkommen Bougainvilles haben wollen. BIG und BRA wollen ihnen aber genau das verwehren. Auch in diesem Punkt ist eine dauerhafte, allseits akzeptable Lösung noch nicht absehbar.

Wenn also auch noch zentrale strittige Fragen offen sind, wurden die Verhandlungen vom Januar 1998 und ihr Ergebnis einhellig begrüßt. Ob es sich wirklich um einen "historischen Durchbruch" zum Frieden handelt, wird sich allerdings erst noch erweisen müssen. Positiv zu vermerken ist allemal, daß die Friedens- und Versöhnungsprozesse an der Basis auf Bougainville weitergehen, daß der Waffenstillstand offensichtlich hält und daß sich für die einfachen Menschen auf der Insel, die jahrelang unter Krieg und Blockade zu leiden hatten, das Leben zu normalisieren beginnt. Der Wiederaufbau der Insel, die Versöhnung der durch den Krieg vielfach tief gespaltenen gesellschaftlichen Kräfte und die Entwicklung einer selbstbestimmten Perspektive für die Bougainvilleans sind jedenfalls gewaltige Aufgaben für die Zukunft. Ob sie an die Bewältigung dieser Aufgaben frei von Gewalt und Unterdrückung werden gehen können, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich auf seiten PNGs die vernünftigen friedenswilligen Kräfte werden durchsetzen können oder ob doch die "hardliner" aus Militär, Polizei und Politik die Oberhand gewinnen werden.

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß sich nach Abschluß der Verhandlungen auf Neuseeland Premierminister Skate in einem offenen Brief öffentlich bei den Bougainvilleans für das ihnen während des Krieges angetane Leid entschuldigte. Bemerkenswert aber auch, daß Skate wenig später innenpolitisch unter massiven Druck - vor allem seitens der Polizei - geriet und eine Kampagne zu seinem Sturz losgetreten wurde. Noch ist der Frieden für Bougainville keineswegs gesichert.

Volker Böge, Hamburg

Quellen: Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville, Sydney Morning Herald, The National, The Post Courier, The Independent, The Guardian, Neue Zürcher Zeitung

Frauenarbeit in Papua-Neuguinea

Im Oktober 1993 reiste Sabine Schmidt als studierte Sozialarbeiterin mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) nach Papua-Neuguinea aus. Eine Frauengruppe hatte den Antrag auf eine Entwicklungshelferin gestellt, um in dem *Menyama District* Angebote für Frauen zu organisieren und durchzuführen, mit dem Ziel, die Lebenssituation der Frauen in diesem Gebiet zu verbessern.

Der Distrikt liegt auf 1.500 Meter Höhe im Herzen der Hauptinsel von Papua-Neuguinea und wird von 50.000 Menschen bewohnt. Das Gebiet erstreckt sich über unzählige Bergketten und ist nur durch einige Buschstraßen erschlossen. Seit 1985 ist es möglich, in achtstündiger Autofahrt die Provinzhauptstadt zu erreichen. Seitdem haben sich eine Menge sozialer Veränderungen in den aus neun Sprachen bestehenden Stämmen vollzogen. Viele traditionelle Riten sind seit dem Einzug der damaligen australischen Verwaltungsbeamten und der lutherischen Missionare in den 50er Jahren verschwunden. Die damals mitgebrachten Güter des weißen Mannes wie Geld, Reis, Dosenfleisch und Autos haben mittlerweile einen ebenso hohen Stellenwert wie in unserer Gesellschaft, und man sieht nur noch selten Frauen und Männer in traditionellen Buschröcken.

Des öfteren wurde ich gefragt, ob man diese Menschen nicht lieber in Ruhe lassen sollte, da der Einfluß der Weißen doch erheblich sichtbare Probleme mit sich gebracht hat. So wird der geringe Arbeitslohn eines Arbeiters nicht selten in Glücksspiele und den Kauf einer weiteren Frau investiert. Für mich hat sich diese Frage nie gestellt, zumal der Einfluß der sogenannten ersten Welt schon vor 100 Jahren seine Anfänge genommen hat. Viele Entwicklungen des weißen Mannes in diesem Land sind bestimmt nicht nachahmenswert. Aber wir können von den Menschen hier nicht erwarten, daß sie die positiven und die negativen Entwicklungen voneinander unterscheiden können. Wir lernen voneinander, und zusammen mit den Frauen bin ich eine Verfechterin des Alkoholverbotes, welches seit 1993 in diesem Distrikt existiert.

Nachdem ich die ersten eineinhalb Jahre nicht den Aufgaben meiner eigentlichen Tätigkeit nachgehen konnte, da sich die Frauengruppe als nicht sehr aktive Organisation herausstellte, konnte ich Dank des engagierten Oberkreisdirektors eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung als Frauenbeauftragte aufbauen.

Zum Glück waren die eineinhalb Jahre davor nicht ganz so fruchtlos, wie es sich vielleicht anhört. Mit Hilfe des Schulinspektors, des Leiters der Grundschule und einigen Interessierten konnten wir eine Vorschule ins Leben rufen. Zwei ungelernte junge Frauen wurden von mir als Lehrerinnen ausgebildet und in ihrer täglichen Arbeit begleitet. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) unterstützte das Projekt ein weiteres Mal, indem er den Bau eines zweiten Klassenraums finanzierte. Mittlerweile konnte die Schule in das neue formale Schulsystem integriert werden, und die beiden Frauen erhalten eine Ausbildung als staatlich anerkannte Lehrerinnen.

Wie kann Frauenarbeit in einem Gebiet aussehen, wo die Frauen unter dem männlichen Familienoberhaupt stehen, tagsüber ihren Garten bewirtschaften,

Gemüse auf dem Markt für den Erhalt von ein paar Groschen verkaufen., Kaffee pflücken und waschen sowie für die Versorgung der Kinder aufkommen müssen?

Nach zweijähriger Tätigkeit als Frauenbeauftragte versuche ich mir vor Augen zu führen, was meine Arbeit hier bewirkt hat. Angefangen hat es mit dem Aufbau von Lese- und Schreibkursen in den Dörfern. Offiziell sind in Papua New Guinea 49 Prozent der Frauen Analphabeten, und in unserem Gebiet sind es bestimmt 70 bis 80 Prozent. Von den wenigen Kindern, die eine Grundschule besuchen, sind nur etwa 20 Prozent Mädchen, zumal von den 25 Schulen acht aufgrund von Lehrermangel geschlossen sind, und viele Schulen nur aus zwei Lehrern bestehen, so daß von den sechs regulären Grundschulklassen nur für einige Altersklassen Unterricht angeboten werden kann. Mittlerweile gibt es 25 Alphabetisierungsschulen für Jugendliche und Erwachsene, wobei ca. 80 Prozent Frauen dieses Angebot wahrnehmen. Meine Aufgabe ist die Begleitung der ehrenamtlichen Lehrer und die Unterstützung der Schulen mit Lehrmaterialien von seiten der Distriktverwaltung mit Hilfe des Budgets der Regierung.

Untersuchungen haben belegt, daß 60 Prozent der Kinder im *Menyamy District* fehl- und unterernährt sind, wobei dieses auch auf das geringe Bildungsniveau der Eltern zurückzuführen ist. Die Hauptgründe sind aber in den sozialen Veränderungen zu suchen, wie die Zerstörung traditioneller Familienplanungsmethoden, so daß eine Frau im Durchschnitt acht Kinder zur Welt bringt. Die meisten Männer heiraten mehrere Frauen, und kümmern sich oft nicht um deren Unterstützung in Form von Geld und dem Anlegen eines Gartens, so daß viele Frauen mit der Versorgung der Familienmitglieder völlig auf sich alleine gestellt sind. Geldmangel ist oft nicht der Grund, warum die Kinder mit leerem Magen am Feuer einschlafen. Kaffeeanbau ist das Herzstück des Gebietes, und viele Familien erwirtschaften ihr Einkommen zu 90 Prozent aus dem Verkauf des Kaffees an die einheimischen Kaffeekäufer. Nur leider verdrängt der Kaffee auch die Gärten bzw. müssen die Frauen oft drei Stunden die Berge hinaufsteigen, mit dem jüngsten Kind auf der Schulter, um ihren Garten zu erreichen. Malaria, Wurm- und Erkältungskrankheiten erreichen die Kinder erst recht, wenn sie durch mangelnde Ernährung schon geschwächt sind. Kurse zur Verbesserung der Ernährung sowie das Vorbeugen von Krankheiten werden zusammen mit einer Krankenschwester und den Frauen der *Womens Association* angeboten. Diese Angebote sind aus meiner Sicht besonders wichtig, wobei wir in den Dörfern auch immer darauf achten, daß Männer Teil unserer Treffen sind, denn ohne ihre Unterstützung können die Frauen wenig verändern. Gemeinsam werden die eigentlichen Ursachen diskutiert, die in der Regel in den sozialen Veränderungen zu suchen sind. Moderne Familienplanungsmethoden werden von den Männern oft nicht akzeptiert. Bei den nur vier Millionen Einwohnern in Papua New Guinea geht man mittlerweile davon aus, daß 7.000 Menschen an Aids erkrankt sind. Gesundheitsaufklärung nimmt in

unserer Arbeit einen wichtigen Stellenwert ein und muß noch verstärkt werden. Aus diesem Grunde versuchen wir, weitere Hilfsorganisationen zu gewinnen, um im Rahmen unserer Kooperation ein Gesundheitsprogramm im *Menyamya District* aufzubauen. Dazu gehört auch eine zusätzliche Kraft, um ehrenamtliche Dorfhebammen in ihrer Arbeit zu begleiten.

Die Unterstützung der Frauengruppenleiterinnen ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt, wobei es sich insbesondere um Hilfestellungen in der Planung von Aktivitäten in den Dörfern handelt. Ein wichtiger Aspekt ist die Förderung von Eigeninitiativen, um zum Beispiel eine Wasserversorgung auf einfache Art und Weise in einem Dorf aufzubauen, anstatt wie meist üblich auf die finanziellen Geschenke der Politiker zu warten. Nähkurse erfreuen sich einer großen Nachfrage, wobei sich die Frauen mit dem Erlernen dieser Fertigkeit eine zusätzliche Einkommensquelle erhoffen. In diesem Zusammenhang fehlt ihnen aber oft ein Basisverständnis von dem Verwalten von Geld und der Kalkulation des Verkaufspreises. Um dem Beratungsbedürfnis in den Dörfern nachzukommen, versuchen wir weitere Frauen als Beraterinnen zu auszubilden.

Mittlerweile befindet sich eine Frau aus *Menyamya* auf einem siebenmonatigen Fortbildungskurs in Fiji, um gegen Ende 1997 meine Position zu übernehmen. Somit werden wir noch ein weiteres Jahr zusammenarbeiten, so daß der DED seine personelle Unterstützung Ende 1998 hier beenden wird, in der Hoffnung, daß die Frauenarbeit in *Menyamya* weiterhin erfolgreich fortgeführt werden kann. Mit Hilfe einer Beraterin für einheimische Organisationen im Rahmen des DED-Programms in Papua New Guinea wird die Arbeit weiterhin finanziell unterstützt und beraten werden.

Auch wenn die Entwicklungszusammenarbeit von seiten deutscher Organisationen oft sehr kritisch hinterfragt wird, so hat der DED aus meiner Sicht aus früheren Fehlern in der Planung und Begleitung von Projekten gelernt und seine Arbeit wesentlich verbessert. Und ich werde Papua New Guinea mit einem guten Gefühl verlassen, da mir die Frauen hier vermitteln, daß sie durch unsere Kursangebote viel dazugelernt haben.

Zitat einer Frau aus *Menyamya*:

"Erst in den 50er Jahren sind die Weißen in unser Gebiet gekommen und einige Jahre danach die Missionare mit ihrer Kirche. Die verschiedenen Entwicklungen sind einfach in zu kurzer Zeit über uns gekommen."

Die Regierungsangestellten und Kirchen haben uns so viele verschiedene Sachen gesagt, und wir selbst haben ja auch immer noch unsere traditionellen Lebens- und Denkweisen.

Also im Grunde haben wir jede Orientierung und Identität verloren. Dinge, die man uns versucht hat zu vermitteln, haben wir nicht verinnerlicht. Jeden Tag werden uns ständig neue Sachen erzählt. Da kommen neue Kirchen und predigen uns wieder etwas Anderes. Die anderen Frauenorganisationen versuchen uns zu erklären, wie wir mit ihrem neuen System Geld bekommen können. Und dann kommen die Schwestern von der Klinik und erzählen uns, daß wir den Kindern Erdnüsse zu essen geben sollen, obwohl unsere Großeltern sagen, daß die Kinder davon krank werden. Die Frauen sollen eine Spritze bekommen, damit sie nicht so oft schwanger werden. Aber viele von ihnen bekommen davon Kopfschmerzen, und außerdem hilft das Geben von wilden Betelnüssen viel besser.

Früher haben wir diese ganzen Probleme nicht gehabt, aber jetzt wissen wir gar nicht mehr, was wir glauben sollen. Die Lehrer sagen uns, daß wir unsere Kinder zur Schule schicken sollen. Dabei verschwenden wir nur Geld für die Schulgebühren, und danach wird uns das nicht zurückgezahlt, weil die Männer keine Arbeit finden, und die Frauen werden sowieso heiraten.

Was die Menschen hier wirklich nur zu interessieren scheint, ist das Geld. Und was die Arbeit der Leute von der Regierungsverwaltung und den Kirchen angeht, so sollten sie uns erstmal nur eine Sache richtig lehren, damit wir diese richtig umsetzen können. Also mir wird immer ganz schwindelig, wenn ich so viele Sachen höre, die ich sowieso nicht so ganz verstehe."

Sabine Schmidt, Menyamy (PNG)

Kurzbericht zu einem Forschungspraktikum in Fiji

Vom 15. November 1996 bis 15. Februar 1997 habe ich im Rahmen des Studiums der Geographie an der Universität Bonn ein Forschungspraktikum an der *University of the South Pacific (USP)* in Suva, Fiji absolviert. Betreut wurde ich vor Ort von Prof. Rajesh Chandra, dem Leiter des *Department of Geography*.

Meine Aufgabe bestand darin, in einer indo-fijianischen Siedlung die sozio-ökonomischen Strukturen und das Migrationsverhalten der Bewohner zu untersuchen. Nach Sichtung der relevanten Literatur in der Bibliothek der USP führte ich eine Untersuchung in der Siedlung selbst durch. Mit Hilfe eines Fragebogens, der in Zusammenarbeit mit Prof. Chandra entwickelt wurde, sollten alle Bewohner dieser ländlichen Siedlung befragt werden. Die Auswertung fand direkt im Anschluß an die Befragung statt.

Ausgangssituation

Warum ist nun eine solche Untersuchung interessant? Die indo-fijianische Bevölkerung, die immerhin noch fast die Hälfte der Bevölkerung Fijis ausmacht, war in den 60er und 70er Jahren Thema wissenschaftlicher Arbeiten. Doch was hat sich in den 80er und 90er Jahren verändert? In Fiji selbst sehr viel: durch den expandierenden Tourismus und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung werden neue Einflüsse verstärkt in das Land gebracht. Dies verändert vor allen Dingen das Leben der autochthonen Fijianer aber auch der indo-fijianischen Bevölkerung, deren Leben stärker westlichen Lebensweisen und der Geldwirtschaft ausgesetzt wird. Der Putsch von 1987 und die neue Verfassung von 1990 hat die Machtverhältnisse eindeutig auf die Seite der autochthonen Bevölkerung verschoben und verdrängt die Indo-Fijianer aus der politischen Partizipation. Diese Ereignisse hatten von 1987 bis heute insgesamt 10 bis 20 Prozent der Indo-Fijianer zur Auswanderung bewogen. Dies waren meist hochqualifizierte Personen wie Ärzte, Lehrer oder leitende Verwaltungsfachleute. Dies hatte weniger die Regierung zur Sorge getrieben als wirtschaftliche Entwicklungsorganisationen wie die Weltbank.

Die Befragung

Welche Veränderungen haben sich nun bei den Zuckerrohr anbauenden Indo-Fijianern in den ländlichen Siedlungen ergeben? Welche Auswirkungen hatten die politischen Ereignisse von 1987 auf den ländlichen Raum? Findet auch dort eine Auswanderung statt? Wie sehen die Verflechtungen zwischen dem ländlichen Raum und der Stadt bzw. dem Ausland aus?

Diesen Fragen sollte nun in der neuen Befragung nachgegangen werden. Um wenigstens eine begrenzte Vergleichsmöglichkeit zu haben, wurde die Untersuchung in demselben Ort durchgeführt wie die Arbeit von Chandra aus dem Jahre 1980, in der basierend auf eine Umfrage im Jahre 1974 die Geschichte und das Leben in Maro beschrieben wird. Außerdem war es mir so möglich, dort für gut vier Wochen bei Verwandten von Prof. Chandra zu wohnen und so direkten Kontakt mit den Bewohnern des Ortes zu pflegen. Über den Fragebogen wurden Daten über 669 Bewohner Maros in 128 Haushalten gesammelt, die etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung Maros ausmachen. Zusätzlich wurden Daten über 174 ehemalige Bewohner Maros gesammelt, die Maro verlassen haben. Darüber hinaus wurden einige intensive Gespräche mit langjährigen Bewohnern Maros geführt. Die Sprache während der gesamten Befragung war englisch, das alle Bewohner bis ca. 40 Jahre gut beherrschten. Durch eigene Hindikenntnisse und bewußt einfach gestellte Fragen traten keine Sprachschwierigkeiten auf. Im folgenden möchte ich nun kurz die Siedlung beschreiben und dann die wesentlichen Ergebnisse darstellen.

Sozioökonomische Situation

Maro ist eine indo-fijianische Siedlung im Zuckerrohrgürtel von Viti Levu, der Hauptinsel von Fiji. Etwa 20 Kilometer von Sigatoka und 40 Kilometer von Nadi entfernt, liegt Maro an der Queens Road, der Hauptverkehrsachse Fijis von Suva nach Nadi bzw. Lautoka. Die Häuser der Bewohner Maros liegen verstreut an der Maro Road auf einer Strecke von ca. vier Kilometern. Diese Schotterstraße führt von Queens Road Richtung Südwesten zu einem beliebten Ausflugsziel für autochthone Fijianer, Indo-Fijianer und ausländische Touristen gleichermaßen, dem Natadola Beach an der Korallenküste. Die Gegend ist hügelig und von mittlerer bis schlechter Bodenqualität, außer im Südosten, wo Tuva River einige alluviale Bänke geformt hat. Zuckerrohr wird fast überall in Maro angebaut, außer an Hängen, die zu steil sind und nur als Weide für einzelne Rinder oder Pferde und Ziegen genutzt werden. Andere Erzeugnisse wie Reis, Gemüse oder Obst werden höchstens in kleinen Mengen zum eigenen Gebrauch angebaut.

Jeder Farmer in Maro hat sein Land von der Regierung gepachtet, meist für 20 Jahre. Dies unterscheidet Maro von den meisten übrigen Zuckerrohrgegenden in Fiji, die ihr Land über das *Native Land Trust Board* von autochthonen Fijianern pachten. Die Größe der gepachteten Fläche variiert zwischen fünf und dreißig Acres (ca. zwei bis zwölf Hektar). Die Häuser befinden sich fast immer auf der gepachteten Fläche selbst in erhöhter Lage, so daß ein gestreutes Siedlungsbild entsteht.

Die Ausstattung der Häuser variierte sehr stark. Auf der einen Seite gab es einfache Wellblechhütten ohne Stromanschluß, deren Möbel höchstens aus

Sofa, Bett und kleinem Tisch bestand, auf der anderen Seite große Steinhäuser mit mehreren Zimmern und reichhaltiger Ausstattung mit Möbeln, Einbauküche und Elektrogeräten. Statistisch gesehen hatten 94 Prozent der 128 Haushalte Strom, 91 Prozent einen Fernseher, 45 Prozent ein Auto und 41 Prozent ein Telefon.

Auf einer gepachteten Fläche befindet sich meist nicht nur ein Haushalt, sondern mehrere, die aus einer Familie entstanden sind. Entweder lebt eine (Groß-)Familie in einem Haus oder die erwachsenen Kinder haben auf derselben Landfläche ihr eigenes Haus gebaut und eine Familie gegründet. Teilweise wird die Farmarbeit und deren Erträge auf die einzelnen Familien aufgeteilt. Wo dies nicht möglich ist, weil der Ertrag nicht ausreicht, wird versucht, außerhalb der Landwirtschaft ein Einkommen zu finden.

Dieser Trend wurde von Chandra (1980) schon beschrieben und hat sich heute noch verstärkt. So gibt es außerlandwirtschaftliche Aktivitäten nicht nur innerhalb Maros wie Einzelhandel, Schmiede, Autoreparatur oder Transport (Taxi- oder Traktorfahrer/ Unternehmer), sondern immer mehr außerhalb Maros wie Fabrikarbeit (Textil/ Möbelindustrie) oder Dienstleistungen (Verkäufer, Postzustellbetrieb, Schreibkräfte). Auch werden Frauen immer mehr in das Arbeitsleben einbezogen. Dies zeigt eine wachsende Emanzipation der einzelnen Familienmitglieder innerhalb der ehemaligen Großfamilien. Doch darf nicht vergessen werden, daß das Spektrum der Familienstrukturen von strengen konservativen Großfamilien bis zu stark individualisierten Kleinfamilien geht.

Obwohl Maro in der Nähe verschiedener Hotels an der Korallenküste liegt, tritt das Hotelgewerbe fast nicht als Arbeitgeber der indo-fijianischen Bevölkerung Maros auf. Dies zeigt auch die Ausrichtung der Tourismusindustrie auf ein Bild von Fiji, in dem der indo-fijianische Teil fast ganz ausgeklammert wird.

Die schulische Erziehung ist der indo-fijianischen Bevölkerung sehr wichtig, so auch den Menschen in Maro. Es gibt zwei recht gut ausgestattete "Grundschulen" (Klasse 1 bis 8) in Maro selbst, die von allen Kindern besucht wird. Schule wird nicht nur als notwendiges Übel angesehen, sondern als besonders wichtig für die Zukunft der Kinder. Ihnen soll es später einmal besser gehen als den Eltern. Die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und der Umgebung Maros reichen nicht aus, um die Lebensgrundlage für eine wachsende Zahl junger Familien zu bilden.

Migration

So verlassen viele junge Bewohner die Siedlung, um in den Städten oder im Ausland zu leben. Dies führt zu einem deutlichen Defizit in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren. Dabei überwiegt das Ausland (Australien, Neuseeland, USA und Kanada) als Bestimmungsort, besonders bei den Männern. Als Sprungbrett ins Ausland dienen oftmals Verwandte, Heirat oder kurzfristige Arbeitsgelegenheiten. Die Hauptgründe für die Emigration sind die bessere Arbeitsmarktsituation und der höhere Lebensstandard in den Destinationsländern. Selbst wenn damit für die erste Auswanderungsgeneration ein Abstieg auf der sozialen Leiter verbunden ist, hofft man durch das bessere Erziehungssystem und eine gerechte, nach festen Regeln ablaufende Gesellschaftsordnung eine bessere Zukunft für die Kinder zu erreichen.

Eine wichtige Rolle spielt dabei natürlich auch das begrenzte Arbeitsplatzangebot in Fiji selbst. Dies hat sich nach dem Coup noch verstärkt, wo die höheren Positionen eher nach ethnischer Zugehörigkeit statt nach Bildung vergeben werden. So kann der Nachfrage nach angesehenen, verantwortungsvollen Jobs in Fiji nicht entsprochen werden. Zudem hat der Coup das Unsicherheitsgefühl der indo-fijianischen Bevölkerung noch verstärkt. Obwohl zum Beispiel das Land in Maro relativ sicher ist und zur Zeit die Pachtverträge auch recht problemlos verlängert werden, denken 43 Prozent der Farmer ihre Pachtverträge seien unsicher. Grund hierfür ist eine Angst vor einer willkürlichen Politik, die sich nicht an Versprechungen und Verträge hält.

So hatte der Coup keine direkten, kurzfristigen Auswirkungen auf das Auswanderungsverhalten der Bewohner Maros, wohl aber deren Unsicherheitsgefühl verstärkt. So bereiten sich einige Farmer langfristig auf die Auswanderung vor oder würden Fiji verlassen, wenn sich eine Gelegenheit böte.

Neben der starken Auswanderung hat sicher auch die Ausbreitung des urbanen Lebensstils in die ländliche Gegend die Land-Stadt gerichtete Wanderung abgebremst. Durch die gute Verkehrsverbindung zu den nächstgelegenen Städten kann in der Stadt gearbeitet werden und dennoch muß auf ein enges Familienleben nicht verzichtet werden. Unterhaltungsmöglichkeiten wie Fernsehen oder Video und Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon) haben den ländlichen Raum aufgewertet, so daß auch eine Abschwächung der Abwanderung stattfindet.

Resümee

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in Maro ein langsamer, aber stetiger Modernisierungsprozeß stattfindet, der zu wachsender Individualisierung und steigendem materiellem Wohlstand führt. Die Landwirtschaft nimmt relativ als

Einnahmequelle ab, dafür werden vermehrt Einkommensmöglichkeiten außerhalb Maros wahrgenommen. Dennoch findet eine signifikante Abwanderung besonders junger Leute statt. Grund hierfür sind hauptsächlich fehlende Arbeitsmöglichkeiten in der Nähe des Heimatortes und Fiji selbst, so daß ein großer Teil der Abwanderung ins westliche Ausland gerichtet ist. Hinzu kommt ein Gefühl der Unsicherheit und Benachteiligung, das Fiji als zukünftigen Lebensraum für die nächsten Generationen unattraktiv macht.

Jürgen König, Bonn

Buchbesprechung

"Fremde Kulturen"

Käser, Lothar...

Philipp Hauenstein, Neuendettelsau

Termine

30. April bis 3. Mai 1998, BUKO, Düsseldorf:

"Auf zu neuen Ufern": 1. BUKO-Ratschlag

Erstmalig veranstaltet der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 1998 zwei "Ratschläge" der internationalistischen Basisgruppen und BUKO-Strukturen. Diese sollen zukünftig regelmäßig zweimal im Jahr stattfinden, um den "großen" Kongreß als gemeinsames Diskussionsforum und Entscheidungsgremium der Mitgliedsgruppen zu ergänzen. Die beiden Ratschläge haben folgende Aufgaben: 1. Öffentliche Debatte über zukünftige Leitlinien der internationalen Solidaritätsarbeit; 2. Positionierung des BUKO innerhalb der Internationalismusbewegung und im Spektrum der Vernetzungsstrukturen entwicklungspolitischer Inlandsorganisationen; 3. Abschluß der BUKO-Strukturreform mit Bildung neuer Entscheidungsstrukturen; 4. Auseinandersetzung über das Verhältnis zum Konzept der "Nachhaltigen Entwicklung" und 5. Vorbereitung eines

gemeinsam von BUKO-Strukturen und Mitgliedsgruppen getragenen Aktions- und Veranstaltungsprogramms, das mit dem BUKO 22 (Hannover 1999) beginnen soll.

Der BUKO will sich im Jahr 1998 mit den beiden ersten Ratschlägen auf die Weiterführung und Konsolidierung der organisatorischen Reform und die inhaltliche Neubestimmung konzentrieren, um seine Handlungsfähigkeit zu vergrößern.

Infos/Anmeldungen: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040 - 39 31 56, Fax: 040 - 390 75 20, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de

Neuere Literatur

Allen, B.J./ Bourke, R.M.: **Report of an Assessment of the Impacts of Frost and Drought in Papua New Guinea.** Australian Agency for International Development. Port Moresby 1997, 27 S.

Griffen, Arlene (Hrg.): **With Heart and Nerve and Sinew.** Post-coup writing from Fiji. Suva, Fiji, Christmas Club 1997, 453 S., ISBN 982-369-001-4

Käser, Lothar: **Fremde Kulturen.** Eine Einführung in die Ethnologie für Entwicklungshelfer und kirchliche Mitarbeiter in Übersee. Erlangen, Verlag der Evang.-Luth. Mission; Lahr, Verlag der Liebenzeller Mission 1997, 342 S., DM 40,-

Ortmanns, Bruno: **Die Dritte Welt zwischen Theorie und Praxis.** Probleme und Perspektiven. Aachen 1997, 261 S., DM 29,80

Rothmaier, K. u.a.: **Ressourcen in einem Papua-Neuguinea ohne Grenzen.** Ein Kopfbuch für Lehrer wirtschaftswissenschaftlicher und sozialkundlicher Fächer und für andere Ressourcenmanager. Staatl. Fach- und Berufsoberschule Kaufbeuren 1996, 58 S. (Infos: Staatl. Fach- und Berufsoberschule, Josef-Fischer-Str. 5, 87600 Kaufbeuren; eine engl. Textfassung ist abrufbar unter <http://www.online-service.de/fos/foshome.htm>)

Wächter, Hans-Christof: **Pazifische Passagen. Reisen in der Südsee.** Wien, Picus-Verlag 1998, 131 S., ISBN 3-85452-701-2, DM 26,-

**Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874-91220,
Fax 93320, e-mail: 101342.1663@compuserve.com,
Redaktion: Susanne Piegsda**